

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten  
Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzollamts und des Bezirkszollamts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden befördlicherseits bestimmte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volkschichten.  
Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage - Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erstellungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonnenabendnummer 15 Pf.)

Jenaerischer Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445.  
Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Versandungsleistungen durch höhere Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigepreis: Die 45 mm breite einpolige Millimeterzeile 8 Pf. Im Zeitteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachlass nach den geistlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 131

Freitag, den 7. Juni 1935

90. Jahrgang

## Tagesblatt.

\* Der Führer und Reichskanzler traf am Donnerstag zu kurzem Aufenthalt in Nürnberg ein, um sich persönlich von dem Fortschritt der Arbeit an den Bauten für den Reichsparteitag zu überzeugen.

\* Ministerpräsident General Göring ist mit seiner Begleitung am Donnerstagabend mit Flugzeug in Belgrad eingetroffen, wo ihm ein herzlicher Empfang bereit stand.

\* Die deutsch-englischen Flottenbesprechungen haben bisher einen befriedigenden Verlauf genommen. Im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehenden Feierstage ist damit zu rechnen, daß noch der heutigen Sitzung die Besprechungen in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

\* Nachdem auch plötzl. die Kabinettbildung in Paris nicht geklappt ist und Boulton, der abermals betraut werden sollte, abgelehnt, ebenso wie auch andere Parteiführer, erklärte Laval, daß er die Kabinettbildung übernehmen werde. Um 3 Uhr früh war das Kabinett gebildet.

\* Die neue französische Regierung tritt noch heute Abend mit einer Erklärung vor das Parlament. Laval kündigte in einer Erklärung eine energische Deflationspolitik an. — Der Verband der Steuerzahler in Paris hatte am Donnerstag eine große Protestversammlung veranstaltet.

\* England steht am Freitag ganz im Zeichen der Kabinettsumbildung. Die gesamte Morgenpost veröffentlicht bereits übereinstimmende vollständige Kabinettlisten, die den bisherigen Vorstellungen entsprechen. Macdonald hat die nationale Arbeitsgruppe aufgefordert, die nationale Regierung unter der Führung Buhins mit der jüngsten Begeisterung zu unterstützen wie bisher.

\* "Morningpost" meldet, daß sowjetisch-englische Besprechungen über die Ostspitze stattgefunden haben.

\* Ausschreibes an anderer Stelle.

## Sorgen im Donauraum.

Der Außenminister der Tschechoslowakei Benesch hat sich nach Moskau begeben, um gewisse Unstimmigkeiten auszuräumen, die trotz oder gerade wegen des Beistandsvertrages zwischen Rote-Ruhrland und der Tschechoslowakei noch vorhanden sind. Wenn es schon Wandlungen im Zeitstrom gibt, so ist die Wandlung, die sich bei den tschechoslowakischen Staatsmännern im Verhältnis zu Moskau vollzogen hat, immerhin auffällig und sonderbar. So hat Präsident T. G. Masaryk sein unmittelbar vor dem Kriege veröffentlichtes Buch über Rußland und Europa zurückgezogen oder gar aufzuladen lassen, weil der Inhalt dieses Buches ein besseres Verständnis für die Religion und Philosophie jenes Rußland zu werben suchte, das die Bolschewiki inzwischen vernichtet haben. Auch Benesch selbst hat in seinem Kriegsbuch „Der Aufbruch der Nation“ für Rote-Ruhrland nicht gerade Bewunderung oder gar Liebe zur Schau getragen, obwohl diese Gefühle einmal das Verhältnis zwischen Tschechen und Russen bestimmten. Das war in der Vorfriegerzeit, als die Tschechen sich als Vortrupp des Allianzements in Mitteleuropa fühlten, weshalb es wohl zur Regel wurde, daß tschechische Offiziere es als ihre Pflicht ansahen, gemeinsam Hoch- und Landesverrat zugunsten des zaristischen Rußland zu üben. Wie ein Rathaus aus dieser Zeit wirkte es, als der jungtschechische Führer Karl Kramář vor zehn Jahren ebenfalls ein Buch veröffentlichte, das unter dem Titel hinausging „Die russische Seite“, das im Inhalt eine erbarmungslose und erbitterte Abrechnung mit dem Bolschewismus vom allslawischen Schwinsel aus war. Wenn die Tschechen aller Farben und Schattierungen nach der Errichtung ihres Nationalstaates Moskau wenig Liebe entgegenbrachten, so kann festgestellt werden, daß auch in Moskau niemand daran dachte, für die imperialistische und kapitalistische Tschechoslowakei Liebe und Verständnis zu empfinden. So erschien vor zwei Jahren im Moskauer Verlagsamt ein Buch über die Tschechoslowakei, in dem bitter Kritik daran geübt wurde, daß die Tschechoslowakei mit Hilfe der französischen Hochfinanz die Kriegsindustrie entwickelt hätte, um alle Nachbarländer Rote-Ruhrlands in Südosteuropa mit Kriegsmaterial zu versorgen.

Das war gestern. Heute fährt Benesch nach Moskau; heute teilt die amtliche Außenhandelsstelle Roter-Ruhrlands mit, daß sie von einer tschechoslowakischen Großbank einen Kredit in Höhe von 25 Millionen Mark erhalten habe, der dazu bestimmt sei, bei den Skoda-Werken Material oder Maschinen für Rote-Ruhrland zu bestellen. Was das für Material oder Maschinen sind, braucht nicht besonders erwähnt zu werden, denn die Skoda-Werke erzeugen Geschütze und Kampfwagen, aber keine Traktoren, keine Turbinen, keine Motoren und Güterwagen. Moskau kann also einigermaßen zufrieden sein mit dem Erfolg des Beistands-

vertrages zwischen Rote-Ruhrland und der Tschechoslowakei, zumal außer der Möglichkeit, Kriegsmaterial auf Kredit zu erhalten, auch noch die Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, durch eine Politik auf lange Sicht sich Bessarabien wieder anzueignen. Moskau hat sich auch schon daran gewöhnt, seine Politik auf Jahre hinaus einzurichten, was zunächst einmal den Vorteil bietet, warten zu können. Es ist ja nicht nur Bessarabien, auf das Moskau einstweilen verzichtet hat, sondern auch das Thüringer Land, das zu Polen gehört, um das über Rote-Ruhrland vor 15 Jahren eigentlich gegen Polen Krieg führte. Die Betriebsamkeit des tschechoslowakischen Außenministers hat zwar den Beistandsvertrag mit Moskau unter Daß und Fach gebracht, aber auch in Osteuropa Sorgen hervorgerufen, die, wenn sie auch nicht überall laut werden, dennoch vorhanden sind. Es ist nicht nur Ungarn allein, das diese Sorgen hat laut werden lassen, dessen öffentliche Meinung heut auf die Gefahren hinweist, die für den Donauraum und Südosteuropa daraus entstehen müssen, wenn der Beistandsvertrag zwischen Moskau und Prag sich militärtechnisch auswirkt.

Die Versailler Politik hat in Osteuropa den Kleinen Verband geschaffen, der in sich so grobe machtpolitische Geognosie birgt, daß nur die Versailler Politik von Angst, Furcht und Hass verblendet, daran vorübergehen kann. So wird Rumänien in den Kleinen Verband hineingeprägt, obwohl die Rumänen keine Slaven sind und sein wollen, sondern sich als Träger der römischen Überlieferung auf dem Balkan fühlen. Rumänien muß aber in dem Kleinen Verband eine Einrichtung sehen, die sich unter Umständen gegen Rumänien selbst richtet. Nichts ist Moskau so willkommen gewesen, als durch den Beistandsvertrag mit Prag die Möglichkeit zu erhalten, Rumänien als Brückenkopf für den Auf-

marsch inmitten der Tschechoslowakei, also im Herzen Mittel-Europas benutzen zu können. Auch darauf wird neuerdings in der öffentlichen Meinung Ungarns immer wieder aufmerksam gemacht, wobei der Hinweis nicht fehlt, daß die Politik Moskaus zwar heute noch den Kleinen Verband gebracht, daß aber, wenn gewisse militärtechnische und militär-politische Voraussetzungen erfüllt sind, Moskau sich weder um den Kleinen Verband noch um den Schutz- und Schirmherren dieses Verbandes, nämlich Frankreich, kümmern wird. Auch Südmännen steht in einem anderen Verhältnis zu Roter-Ruhrland als die tschechoslowakischen Staatsmänner. Südmännen ist im Vergleich zu der Tschechoslowakei immerhin ein gefestigter Nationalstaat, während die Tschechoslowakei eine ebenso künstliche wie gewaltsame staatliche Schöpfung bleibt. Die tschechoslowakische Politik hat denn auch zu keiner Zeit den Versuch machen können, mit den unmittelbaren Nachbarländern in ein friedliches oder schiedliches Verhältnis zu kommen. Es ist kein Erfolg dafür, daß die Tschechoslowakei unter französischem Druck sich an Moskau anlehnt, denn für Moskau handelt es sich nur darum, ein Sprungbrett nach Mitteleuropa zu finden. Wenn es so wäre, wie vor allem in Ungarn, aber noch an anderen Stellen Südoesteuropas geglaubt wird, daß der Beistandsvertrag zwischen Moskau und Prag dem Kleinen Verband einen Auftrieb gibt, um den Donauraum buchstäblich unter Druck zu setzen, so wird gerade das geeignet sein, die Besiedlung Südoesteuropas sowie jede Lösung der Donaufrage zu verhindern. Das mag gewiß das Ziel Moskaus sein, aber das so mühselos die Staaten des Kleinen Verbandes dafür eingesetzt kann, ist immerhin ein Beweis dafür, daß die Versailler Politik nicht gemeistert werden können.

## Nun doch Kabinett Laval.

Paris, 6. Juni. Nachdem Biétri heute nachmittag den Auftrag der Kabinettbildung zurückgegeben hatte, hat Präsident Lebrun zunächst wieder Boulton zu sich berufen und ihm erneut den Auftrag der Kabinettbildung angeboten. Boulton hat wenige Minuten später die Beauftragung abgelehnt und gar nicht erst mit politischen Besprechungen begonnen.

Nachdem dann weiter Delbot, der Vorsitzende der radikal-sozialistischen Kammergruppe, es abgelehnt hatte, die Kabinettbildung zu übernehmen, wurde Pierre Laval in das Elysée berufen. Nach der Unterredung mit dem Staatspräsidenten erklärte er: „Der Präsident der Republik hat mir erneut die Regierungsbildung angeboten. Angesichts der ernsten Lage habe ich nicht geglaubt, mich diesem Auftrage entziehen zu können. Ich werde also die Regierung bilden.“

DRB. Paris, 7. Juni. (Eig. Funkmelbg.) Kurz vor 3 Uhr früh hat Ministerpräsident Laval sein Kabinett gebildet, das sich wie folgt zusammensetzt:

Ministerpräsident und Auswärtiges: Laval (Senator, parteilos), Staatsminister: Herriot (Abgeordneter, Radikal-Sozialist), Marin (Abgeordneter, Republ. Vereinigung), Flandin (Abgeordneter, Linkspublikaner), Justiz: Bérard (Senator, Richtung Marin), Inneres: Paganon (Abgeordneter, Radikal-Sozialist), Kriegsminister: Oberst Fabry (Abgeordneter, Mittelrepubl. der Richtung Tardieu und Vorsitzender des Heeresausschusses der Kammer), Kriegsmarine: Biétri (Abgeordneter, Linkspubl.), Luftfahrt: General Denain, Handel: Bonnet, handelsminister: Denain (Abgeordneter, Radikal-Sozialist), Finanzen: Marcombé (Abgeordneter, Radikal-Sozialist), Unterricht: Marcombé (Abgeordneter, Radikal-Sozialist), öffentl. Arbeiten: Laurent-Gynac (Abgeordneter, Radikal-Sozialist), Kolonien: Rollin (Abgeordneter, Radikal-Sozialist), Handelsmarine: Roustan (Senator, Radikal-Sozialist), Arbeitsminister: Grossard (Abgeordneter, früherer Radikal-Sozialist), Pensionen: Maupoll (Abgeordneter, Radikal-Sozialist), Landwirtschaft: Cathala (Abgeordneter, Radikale Linke), der gleichzeitig die elzälothringschen Angelegenheiten mit verwaltet wird, öffentl. Gesundh.-Wesen: Lafont (Abgeordneter, Neujozialist), Postminister: Mandel (Abgeordneter, unabhängig).

Ministerpräsident Laval und seine Mitarbeiter haben sich sofort ins Elysée begeben, um sich dem Präsidenten der Republik vorzustellen, der die Ernennungsbekrete unterzeichnete.

## Französische Regierungserklärung

Freitag 18 Uhr.

DRB. Paris, 7. Juni. Das neue Kabinett hat im Elysée, nachdem es dem Präsidenten der Republik seinen Amtseid beschworen gemacht hatte, bereits im Hause der Nach-

eine Art Ministerrat abgehalten, in dem die Richtlinien der Regierungserklärung besprochen wurden.

Für Freitag, nachmittags 17 Uhr, ist ein förmlicher Ministerrat anberaumt, in dem die Regierungserklärung, die um 18 Uhr im Senat und Kammer zur Verlesung kommt, ihre endgültige Fassung erhalten soll.

Das Kabinett Laval ist das dritte, das der bei keiner Partei eingeschlebene Senator gebildet hat. Seine erste Regierung leitete er als Ministerpräsident nach dem Sturz des Kabinetts Steeg vom Januar bis zum Juni 1931. Als im Juni jenen Jahres Paul Doumer zum Präsidenten der Republik gewählt wurde, überbrachte Laval, dem in Frankreich geltenden Brauch entsprechend, dem neuen Staatsoberhaupt den Rücktritt seiner Regierung. Laval wurde ersucht, weiter im Amt zu bleiben und konnte sein zweites Kabinett bis zum 16. Februar 1932 durch allerhand innerpolitische Klippen hindurchsteuern, bis ihm bei einer Interpellationsdebatte im Senat das Schicksal ereilte. Seitdem hat Laval fast ununterbrochen einen Ministerposten bekleidet. Das Außenamt übernahm er nach dem Tode Barthou im Oktober 1934. Laval ist von Beruf Rechtsanwalt. Er steht im 52. Lebensjahr. Das jetzt gebildete Kabinett Laval ist das 99. der dritten Republik und das 10. der laufenden Legislaturperiode. Es besteht aus vier Senatoren und 16 Abgeordneten. 13 Minister gehörten bereits der kurzlebigen Regierung Boulton an. Neu eingetreten sind Flandin, Berard, Fabry, Bonnet, Régnier, Marcombé, Maupoll und der erst nachträglich zum Unterstaatssekretär berufene Blaisot (Richtung Marin), der die ursprünglich dem Handelsminister Cathala zugesetzte Vertretung der Elzälothringer Angelegenheiten übernimmt.

## Laval kündigt Deflationspolitik an.

DRB. Paris, 7. Juni. Die Besprechungen Lavals haben sich länger hingezogen als ursprünglich angenommen, so daß die Morgenpost die kurz vor 3 Uhr ausgegebene Ministerliste Lavals noch nicht veröffentlichten kann. An der Tatsache aber, daß es Laval gelingen würde, nach den manigfachen Wechselseitigkeiten des Donnerstag ein Ministerium zu bilden, hat kein Blatt in seinen Vorberichtigungen gezweifelt. Die Presse ist der Überzeugung, daß die neue Regierung, die heute nachmittags vor das Parlament tritt, sich wird durchsetzen können. Der Umschwung in der Haltung der Radikal-Sozialisten hat nach allgemeiner Ansicht die Aufgabe Lavals wesentlich erleichtert. Obwohl über das Programm, mit dem das Kabinett sich vorstellen will, amtliche Angaben noch nicht vorliegen, wollen gut unterrichtete Kreise erfahren haben, daß Laval Vollmachten verlangen werde, die aber auf die Verteidigung des Franken beschränkt und gegen die Spekulation gerichtet sein sollen. Die Regierung